

Europa auf dem Weg in die Stabilitätsunion

Ein Plädoyer für den Antrag des Bundesvorstandes zum Mitgliederentscheid



explodiert die Blase, weil Inflation unser Wirtschafts- und Finanzsystem ruiniert. Die anderen wollen nichts tun und meinen, uns betrafe das alles nicht. Nichtstun führt aber zu ungeordneten Staats-Pleiten. Darauf folgen Abschreibungen unvorstellbarer Beträge innerhalb kürzester Zeit, die zu einer schnellen und massiven Senkung der Geldmenge führen. Die Blase implodiert. Deflation und Banken-Crashes drohen, unser Wirtschafts- und Finanzsystem zu ruinieren. Das wäre eine denkbare Konsequenz aus den Vorschlägen der Initiatoren des Mitgliederentscheids.

Der verantwortungsvolle Weg lautet: Wir müssen aus der Staatsschuldenblase kontrolliert die Luft ablassen. Dazu müssen wir die Schulden- und Geldmenge langsam reduzieren. Daher schulden wir um, verlangen aber im Gegenzug die Sanierung der nationalen Haushalte und Maßnahmen, um die Wettbewerbsfähigkeit der betroffenen Länder zu erhöhen. Wer seine Pflichten nicht erfüllt, den müssen wir in die Staaten-Insolvenz schicken können. Viele hatten davor Angst. Die EFSF verfügt nun über Mechanismen, um uns vor Schaden aus einer Staaten-Insolvenz zu schützen.

Von Marco Buschmann MdB

Europa steckt in einer schweren Staatsschuldenkrise. Politik muss Krisen überwinden. Dazu darf sie nicht nur sagen, was nicht geht. Sie muss Lösungen anbieten. Im laufenden Mitgliederentscheid unterstütze ich deshalb den Antrag des Bundesvorstandes. Denn nur er zeigt eine Lösungsperspektive auf, statt bloß zu kritisieren:

Die Ursache der Staatsschuldenkrise ist eine falsche Finanzmarktregulierung nach dem Motto „Staat vor Privat“. Denn die Banken durften ohne Risikovorsorge billige Kredite an Euro-Staaten ausreichen. Für Kredite an Private ist dagegen teure Vorsorge erforderlich. Mit den billigen Krediten hat sich eine Reihe von Euro-Staaten vollgesogen. So ist eine gewaltige Staatsschuldenblase entstanden. Einige Länder können sich nun die Marktzinsen nicht mehr leisten und drohen umzukippen. Die Karre steckt nun im Dreck. Wir müssen zusehen, dass sie da raus kommt.

Die einen wollen die Staatsschuldenblase immer weiter aufpumpen und keine Änderung der Schulden-Politik einfordern. Das wäre etwa der Weg der Euro-Bonds, den SPD und Grüne wollen. Am Ende

Dieser Weg ist auch rechtsstaatlich und demokratisch: Das Bundesverfassungsgericht hat die Rettungsschirm-Gesetze gebilligt. Selbst kritische Sachverständige konnten keinen Verstoß gegen das Europa-Recht feststellen. Das Budgetrecht des Bundestages bleibt gewahrt. Denn durch gesetzliche Ausgestaltung ist nicht ein Euro Belastung ohne Parlamentszustimmung möglich. Länder wie Irland zeigen, dass dieser Weg erfolgreich sein kann. Eine Ausnahme wie Griechenland muss im Zweifel in die Staaten-Insolvenz.

Wir dürfen aber nicht bei der Ausbesserung akuter Probleme stehen bleiben. Wir müssen vielmehr auch die europäischen Institutionen so reformieren, dass sich eine so gewaltige Staatsschuldenblase in Europa nie mehr bilden kann. Daher müssen wir den Druck dieser Krise für Reformen der Verträge zur Errichtung einer Stabilitätsunion nutzen, statt einfach nur zuzusehen und nichts zu tun.



Marco Buschmann MdB (34) war sechs Jahre lang Programmierer der Jungen Liberalen NRW und ist Mitglied des Deutschen Bundestages. Dort ist er Mitglied im Rechts- und im Finanzausschuss. Ihr erreicht ihn unter marco.buschmann@bundestag.de.